

24./XII. 1917

Die Zustände im Postsparkassenamt.

Wir erhalten folgende Mitteilungen:

Der Kampf gegen die Zustände im Postsparkassenamt sollte sich mit den Beschwerden über die Arbeitszeit und die Bezahlung der Beamtinnen nicht begnügen. Den Beamten geht es nämlich nicht besser. Auch soll dem Einwand nicht Geltung gegeben werden, daß die jetzigen Zustände allein auf die Arbeitshäufung infolge des Krieges zurückzuführen sind. Dagegen spricht schon die Tatsache, daß es bereits vor dem Krieg im Postsparkassenamt einmal eine passive Resistenz gegeben hat. Es liegt am System. Die Postsparkasse soll möglichst billig arbeiten, was nur durch äußerste Anspannung der Beamten erreicht wird. Die Bevölkerung, die die Postsparkasse als Musteranstalt loben hört — in vieler Hinsicht ist sie es tatsächlich — dürfte nie übersehen, daß der glänzende Ruf des Amtes eine böse Schattenseite hat, und zwar die überstarke Anspannung der Beamten. Als einige Jahre vor dem Krieg ein Teil des Staatsgebarungsbereiches (u. a. Auszahlung von Pensionen, Einzahlung von Steuern) der Postsparkasse übertragen wurde, ist dort der Beamtenstand nicht wesentlich erhöht worden. Der Staat kam dabei billig davon, die Beamten mußten aber ihre Leistungen vergrößern ohne eine Entschädigung zu erhalten. Sie haben die Mehrarbeit bewältigt, aber auf Kosten ihrer Gesundheit.

Im Krieg haben die Beamten wahrhaft gigantische Leistungen zustande gebracht. Als die militärischen Vorgänge im Osten Österreichs die Räumung weiter Gebiete nötig machten, kam das Bergungsgut waggonweise in die Postsparkasse. Die Beamten arbeiteten es auf, obwohl ihre Reihen durch Einrückungen gelichtet waren und neue unübliche Kräfte eingestellt werden mußten. Dann kamen die Kriegsanleihen. Sie gaben eine höllische Plage. Daneben lief der alte Verkehr, ins Ungeheure vergrößert, durch die Geldüberweisungen des Militärs. Es scheint aber, daß die Postsparkasse jetzt an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Es geht so nicht weiter, auch wenn die Angestellten mit ewigen Überstunden und Verzicht auf Feiertage und Urlaub arbeiten. Einen Beweis dafür liefern die Zustände im Rückzahlungs-Saldobureau und dem im ganzen Amt verufenen Neunziger-Zimmer.

Das Rückzahlungs-Saldobureau ist jene Abteilung, in der die Auszahlung durch die Postämter geprüft werden. Wenn ein Kontoinhaber durch die Postsparkasse eine Zahlung an einen Nicht-Kontoinhaber anweist, so erfolgt die Auszahlung durch ein Postamt. Dieses muß die Quittung über die erfolgte Zahlung an die Postsparkasse einreichen, damit diese prüfen kann, ob die Zahlung auch richtig erfolgte. Die Prüfung besorgt das genannte Bureau, die dort arbeitenden Beamten und Beamtinnen sind aber so überhäuft, daß heute im Rückzahlungs-Saldobureau bereits Rückstände von mehreren Monaten aufgelaufen sind. Das unaufgearbeitete Material füllt zuhauf in wirrem Durcheinander das Neunziger-Zimmer. Trifft eine Reklamation ein, so muß ein Beamter auf dem Boden rutschend stundenlang in dem wüsten Durcheinander nach der betreffenden Quittung suchen. Das sind wirklich unwürdige Zustände.

Es geht so nicht weiter. Es müssen neue Beamte in das Amt, auch Schreib- und Rechenmaschinen, an denen es ebenfalls mangelt. Schließlich verlangen die Beamten Zuweisungen von Lebensmitteln. Darauf haben sie wie die Munitionsarbeiter Anspruch, die sie in gewissem Sinne auch sind.